Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung - Werkstattgespraech zur „Berliner Ausgabe“

Veranstalter: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Datum, Ort: 29.01.2003, Berlin
Bericht von: Wolfgang Schmidt, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Zu einem Werkstattgespräch über die „Berliner Ausgabe“ lud die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 29. Januar 2003 ins Rathaus Schöneberg nach Berlin ein. Die auf zehn Bände angelegte Edition soll Leben und Politik Willy Brandts in ausgewählten Reden, Briefen, Dokumenten und Artikeln umfassender als bisher dokumentieren. Mehr als 70 Wissenschaftler, Zeitzeugen und Journalisten unterstrichen das nach wie vor große Interesse der zeitgeschichtlichen Forschung an der sozialdemokratischen „Jahrhundertgestalt“ (so der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Gerhard Groß, in seiner Begrüßungsrede).

In der ersten Sektion, die von der Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe, Helga Grebing (München), moderiert wurde, präsentierten die Bearbeiter der bereits erschienenen Teile ihre Ergebnisse. Einhart Lorenz (Oslo), der Bearbeiter der Bände 1 und 2[1], referierte über Brandts Exilzeit in Norwegen und Schweden von 1933 bis 1947 und betonte dabei insbesondere die Einflüsse der norwegischen Arbeiterbewegung auf das politische Denken von Willy Brandt. Die Entwicklung vom revolutionären SAP-Funktionär, der von der Weimarer Republik nicht viel hielt, zum reformorientierten Sozialdemokraten habe sich während des Exils schrittweise, aber keineswegs linear vollzogen. Lorenz definierte sechs Phasen und diagnostizierte eine Mehrschichtigkeit und Ungleichzeitigkeit von Brandts Denken. Als Grund für dieses mitunter recht widersprüchliche „Doppeldenken“, das Lorenz auch für die unmittelbare Nachkriegszeit ausmachte, sah er die Prägung Brandts durch zwei unterschiedliche politische Kulturen. Brandt habe – und das sei die norwegische Erfahrung – an die Vielfältigkeit und an den Zweifel geglaubt. Zusammenfassend stellte Lorenz das Prägende der Exiljahre heraus: den unter Emigranten ungewöhnlich schnellen Erfolg Brandts in der politischen und journalistischen Arbeit durch das Engagement in der Norwegischen Arbeiterpartei; einen intellektuellen Lernprozess durch seine Beziehungen zur Gruppe „Mot Dag“; die Übernahme eines neuen, westlichen Wertesystems und damit verbunden das Anerkennen der legitimen Sicherheitsinteressen der deutschen Nachbarn. Trotz seines durchgängigen Eintretens für das „andere Deutschland“, das Brandt im Exil nie aufgab, habe er zugleich früh die Mitverantwortung (nicht die Schuld) aller Deutschen für die Verbrechen Hitler-Deutschlands akzeptiert. Gerade hierin erkannte Lorenz einen „Vorsprung“ Brandts vor den Nichtexilanten, der ihm in der deutschen Heimat freilich lange Zeit Schmähung und erst sehr viel später Respekt eintrug.

Daniela Münkel (Hannover), die zum Thema „Willy Brandt und die SPD 1947–1992“ sprach und dabei die wichtigsten Ergebnisse der Bände 4[2] und 5[3] der Berliner Ausgabe referierte, legte den Schwerpunkt ihres Vortrags auf die Rolle Brandts als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie von 1964 bis 1987. Dieser zentrale Abschnitt in seinem politischem Wirken sei bisher noch kaum erforscht, bemängelte Münkel. Der mühsame Aufstieg Brandts in der SPD sei „nicht zufällig“ erfolgt, sondern aufgrund seiner „ausgeprägten real- und machtpolitischen Orientierung gepaart mit der Sensibilität für politisch zukunftsträchtige Themen und Strömungen“. Als weitere Erfolgsfaktoren machte Münkel bei Brandt ein besonderes Charisma und einen „spezifischen politischen Stil“ aus, „der Bedürfnisse der modernen Mediengesellschaft mit Bravour bediente“. Münkel attestierte Brandt einen „diskursiven, kollegialen Führungsstil“, dessen Kehrseite nicht

[1] Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 1: Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002; Bd. 2: Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000.

[2] Bd. 4: Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000.

[3] Bd. 5: Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

wenige in der Partei und in der Öffentlichkeit – insbesondere in Krisenzeiten – beklagten, da sie darin einen Mangel an Führungskraft des Vorsitzenden erkannten. Insofern war Brandt nicht durchgängig die unumstrittene innerparteiliche Integrations- und Identifikationsfigur. Münkel stellte fest, dass Brandts Fähigkeit zur Integration in der SPD erst nach 1966 voll zum Tragen gekommen sei, ihren Höhepunkt während der Kanzlerjahre und der Zeit der sozial-liberalen Koalition erreicht und ab 1983 wieder nachgelassen habe, was schließlich in einen „Abstieg auf Raten" gemündet sei. Brandt sei „genau der richtige Vorsitzende der SPD für die langen siebziger Jahre" gewesen, der mit seinem Führungsstil und seinen politischen Reformkonzepten dem Zeitgeist und der politischen Kultur dieser Dekade entsprochen habe.

Wolther v. Kieseritzky, Bearbeiter von Band 7 der Berliner Ausgabe[4], analysierte Person und Politik Willy Brandts in der Innenpolitik zwischen 1966 und 1974. Kieseritzky wies eingangs auf das Problem hin, eine Bewertung losgelöst von den gängigen Projektionen zu treffen. Brandt werde vornehmlich als „Ostpolitiker" und internationaler Visionär gesehen, mithin in erster Linie als Außenpolitiker verstanden. Seinen Aufstieg zum Bundeskanzler, der mit der Phase der Modernisierung der Bundesrepublik ab Mitte der 1960er-Jahre korrespondierte, verdanke er aber vor allem seiner Fähigkeit zur politischen Kommunikation, die Brandt „kommunikative Macht" verliehen habe. In Zeiten intellektueller Beunruhigung und einer Vertrauenskrise in die demokratischen Institutionen sei Brandt, so Kieseritzky, mit einem ganzheitlichen, überparteilichen Politikstil zu einer Identifikationsfigur für viele geworden. Bei der Bundestagswahl von 1972, die ein Plebiszit über Willy Brandt gewesen sei, hätten sogar CDU-Anhänger seine Überparteilichkeit anerkannt. Kieseritzky konstatierte, Brandts Credo sei die Verwirklichung der Demokratie als Seinsprinzip in Staat und Gesellschaft gewesen. Das bereits in der Großen Koalition entwickelte korporatistische Konsensmodell (Stichworte „Globalsteuerung" und „Konzertierte Aktion") habe die sozial-liberale Koalition unter Brandts Führung ab 1969 perfektionieren wollen. Die stürmische Reformära sei indes mit der Ölkrise 1973 jäh zu Ende gegangen. Das bundesrepublikanische Konsensmodell und damit auch der Kanzler Brandt, folgerte Kieseritzky, seien durch die erfolglosen Versuche der Krisensteuerung innenpolitisch „entzaubert" worden. An die Stelle immer neuer Reformvorschläge habe Brandt nun die Beschwörung des Erreichten und die Verkündung des Gründungsmythos der sozialliberalen Koalition als historisches Bündnis von Arbeiterschaft und liberalem Bürgertum („Neue Mitte") gesetzt.

In der Nachmittagssektion, die Dieter Dowe (Bonn) leitete, stand die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts zwischen 1961 und 1990 im Mittelpunkt. Siegfried Heimann (Berlin), Bearbeiter von Band 3 der Berliner Ausgabe[5], charakterisierte Willy Brandt als pragmatischen Realisten, der seit 1948 keinen dritten Weg zwischen Ost und West mehr gesehen habe. Heimann stellte fest, dass die Überlegungen des Regierenden Bürgermeisters für eine neue, den Bonner Immobilismus überwindende Ost- und Deutschlandpolitik nicht erst aus den Erfahrungen des Mauerbaus resultierten. Spätestens seit 1958 hätten Brandt und ein engerer Kreis von Freunden in Berlin neue Initiativen „ohne Denktabus" diskutiert. Gleichzeitig habe sich Willy Brandt in der Berlin-Krise öffentlich für den Erhalt des Status quo eingesetzt, um eine drohende Verschlechterung der Situation der Stadt zu verhindern. Dabei habe er trotz persönlicher Animositäten eng mit Bundeskanzler Adenauer zusammengearbeitet. Gleichwohl, so Heimann weiter, dürfe dies nicht darüber hinweg täuschen, dass zwischen beiden schon vor 1961 grundsätzliche Differenzen über den Stellenwert Berlins geherrscht hätten.

Als Bearbeiter der Bände 6 und 9 der Berliner Ausgabe[6] referierte Frank Fischer (Er-

[4] Bd. 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearb. von Wolther v. Kieseritzky, Bonn 2001.

[5] Bd. 3: Berlin bleibt frei – Politik in und für Berlin 1947–1966, bearb. von Siegfried Heimann (soll im Frühjahr 2004 erscheinen).

[6] Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearb. von Frank Fischer (soll im Frühjahr 2005 erscheinen); Bd. 9: Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearb. von

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

langen) über „Willy Brandt und die Deutschlandpolitik zwischen 1966 und 1982“. Seit seiner Zeit als Außenminister in der Großen Koalition bis zum Ende der sozial-liberalen Ära habe Brandt durchweg das Fernziel einer „europäischen Friedensordnung“ verfolgt. In bemerkenswerter Konstanz habe das „Grundgesetz“ von Brandts Ostpolitik gelautet, vom vereinbarten Gewaltverzicht über ein garantiertes, ausgeglichenes europäisches Sicherheitssystem unter Beteiligung der beiden Weltmächte zu einer soliden und gerechten Friedensordnung in Europa und damit auch zur Lösung der deutschen Frage zu gelangen. Auch in der Krise der Entspannungspolitik, deren Beginn Fischer mit dem Jahr 1975 wohl etwas zu früh ansetzte, hielt Brandt trotz der rapiden Verschlechterung des internationalen Klimas an der Politik des Ausgleichs mit den Ostblockstaaten, in erster Linie der Sowjetunion, fest. Daraus entstanden in den Debatten um den NATO-Doppelbeschluss, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und das Kriegsrecht in Polen, mehrere Konflikte für Willy Brandt, die eigentlich nach klaren Stellungnahmen verlangt hätten, wie Fischer kritisch anmerkte. Brandt habe indes laviert: erstens zwischen Bündnisloyalität und Entspannungslobbyismus, zweitens zwischen Loyalität zu Bundeskanzler Helmut Schmidt und Sympathie für die Anhänger der Friedensbewegung in und außerhalb der SPD sowie drittens zwischen intensivem Austausch mit den reformunwilligen kommunistischen Machthabern und vorsichtigen, meist auf humanitäre Fragen beschränkten Kontakten zu den Dissidenten.

Uwe Mai (Berlin), Bearbeiter von Band 10 der Berliner Ausgabe[7], trug seine Überlegungen zur Rolle Willy Brandts in den internationalen Beziehungen und in der deutschen Frage zwischen 1982 und 1992 vor. Mai stellte für diese Phase drei thematische Schwerpunkte Willy Brandts heraus: die Ost-West-Entspannung, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Nord-Süd-Politik. Die nach dem Machtverlust 1982 von der SPD unter ihrem Vorsitzenden eingeleitete „zweite Phase der Entspannungspolitik“, zu der insbesondere der Beginn des Dialogs zwischen SPD und SED und der Gespräche mit anderen osteuropäischen kommunistischen Parteien gehörte, sei von der Idee der gemeinsamen Sicherheitsinteressen in Mitteleuropa bestimmt gewesen. Dabei sei für Brandt jedoch das Gespräch mit Moskau wichtiger gewesen als der Dialog mit Ost-Berlin – und zwar verstärkt seit der Machtübernahme Gorbatschows von 1985 und dem Beginn der Perestroika. An die Reformfähigkeit Honeckers und der greisen SED-Führung hat Brandt offensichtlich spätestens im Frühjahr 1989 nicht mehr geglaubt. Zum letzten sowjetischen Staats- und Parteichef habe Brandt ein sehr gutes Verhältnis entwickelt, was auch auf weitgehend übereinstimmende Ansichten der beiden im Hinblick auf die gemeinsamen Zukunftsaufgaben in der Weltpolitik (Abrüstung und Nord-Süd-Dialog) zurückgeführt werden könne. Darüber hinaus habe Brandt auch bei den Führungen der anderen Ostblockstaaten großes Ansehen genossen. Mai berichtete, dass Brandt 1988/89 auf Initiative Ungarns im Konflikt um die Verfolgung der ungarischen Minderheit in Rumänien zwischen beiden kommunistischen Staatsführungen mit Kenntnis Gorbatschows geheim vermittelt habe. Dagegen kühlte im Zuge der NATO-Nachrüstung das Verhältnis zum amerikanischen Bündnispartner in den 1980er-Jahren merklich ab. US-Präsident Ronald Reagan lehnte im Frühjahr 1985 ein Treffen mit Willy Brandt ab, der seit Eisenhower mit allen amerikanischen Präsidenten zusammengetroffen war.

Heinrich Potthoff (Königswinter) formulierte eine zusammenfassende Stellungnahme zu den Beiträgen von Heimann, Fischer und Mai. Zunächst betonte er die Bedeutung der weltpolitischen Zäsuren, in die Brandts Denken und Handeln einzuordnen sei: Der Versuch des Westens, Entspannungspolitik mit dem Osten zu betreiben und diese nicht länger als das Ergebnis der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas zu begreifen, sondern als deren Voraussetzung, habe bereits 1955 begonnen, wenngleich die Entspannungspolitik erst ab 1963 den endgültigen Durchbruch in den internationalen Beziehungen geschafft habe. Potthoff vertrat zu-

Frank Fischer, Bonn 2003.

[7] Bd. 10: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearb. von Uwe Mai (soll im Herbst 2004 erscheinen).

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

dem die These, die Entspannungsphase zwischen den Supermächten habe nicht Mitte der 1970er-Jahre, sondern erst 1979/80 geendet. Brandts Ostpolitik kritisierte er als zu „gouvernemental-etatistisch“. Auch habe Brandt die Rolle der Dissidenten im Ostblock nicht genügend berücksichtigt. Bezugnehmend auf Fischers Kontinuitätsthese warf Potthoff daher die Frage auf, ob sich die Brandtsche Politik während der zweiten Phase der Kalten Krieges in den 1980er-Jahren gegenüber der Vertragspolitik in den 1970er-Jahren nicht grundlegend geändert habe.

In einem Diskussionsbeitrag legte der Mitherausgeber der Berliner Ausgabe, Heinrich August Winkler (Berlin), den Finger ebenfalls in diese Wunde. Er kritisierte, dass SPD-Politiker in der „zweiten Phase der Entspannungspolitik“ während der 1980er-Jahre die Dissidenten übersehen hätten, um in den osteuropäischen Hauptstädten Einfluss zu erhalten. Dies und das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie während des Kriegsrechts in Polen habe bei den Oppositionellen in Mittelosteuropa über viele Jahre hinweg für spürbare Verstimmung gesorgt, sagte Winkler.

Im Abschlussvortrag sprach Helga Haftendorn (Berlin) über Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik. Haftendorn bezeichnete Brandt als „Brückenbauer in der einen Welt“ und als „pragmatischen Idealisten“. Glaubwürdigkeit für das demokratische Deutschland nach außen herzustellen sei ein zentrales Motiv seiner Politik gewesen. Ausgehend von einer Rede Brandts aus dem Jahr 1968 nannte Haftendorn sechs Gebiete, die dessen Außenpolitik im Wesentlichen umfasst habe und deren Reihenfolge den Prioritäten in Brandts Denken entsprochen habe: 1. die Einigung Europas, 2. das westliche Bündnis, 3. die Ost-West-Entspannung, 4. das Verhältnis zur DDR, 5. die Nichtverbreitung von Atomwaffen, 6. der Nord-Süd-Konflikt. Die Stärkung Europas hob Haftendorn als eine zentrale Forderung Brandts hervor, der sich schon als Bundeskanzler für einen gemeinsame Außenpolitik der EG-Staaten (EPZ) und für die Direktwahl des Europaparlaments eingesetzt habe. Die Betonung der gemeinsamen Interessen Europas und der europäischen Identität sei dabei verbunden gewesen mit der Forderung nach gleichberechtigter Partnerschaft im transatlantischen Bündnis mit den USA. Im Verhältnis zum Ostblock und zur DDR habe Brandt einen „modus vivendi“ angestrebt und sich besonders um menschliche Erleichterungen in der Zeit der Teilung bemüht, erklärte Haftendorn. Als das Sowjetimperium zerfiel, habe er die deutsche Einheit ohne Vorbehalte unterstützt. Das Engagement als Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen zwischen 1977 und 1983 wertete Haftendorn eher kritisch; die Empfehlungen des Brandt-Reports seien zu wenig konkret gewesen[8]. Brandt verkörperte, so Haftendorn resümierend, das „neue, demokratische Deutschland“, dessen Bild im Ausland er mit seiner Außenpolitik stark geprägt habe.

In einem Schlusswort würdigte Gerhard Groß (Wachtberg) die konstruktiven Ergebnisse des Workshops. Groß kündigte an, dass die Stiftung auch in den kommenden Jahren regelmäßig zu wissenschaftlichen Foren über Brandt und seine Politik einladen werde und damit die Research Community der Willy-Brandt-Forscherinnen und -Forscher weiter fördern wolle.

Die Beiträge und Diskussionen des Workshops sollen in Kürze auf der Website der Stiftung (http://www.willy-brandt.de) veröffentlicht werden.

Tagungsbericht *Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung - Werkstattgespraech zur „Berliner Ausgabe“*. 29.01.2003, Berlin, in: H-Soz-Kult 24.03.2003.

[8] Mit den Themen Nord-Süd-Konflikt und Sozialistische Internationale, denen bei der Tagung keine eigene Sektion eingeräumt werden konnte, befasst sich Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt (soll im Herbst 2005 erscheinen).

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.